

GREVENBROICH

GOURMET-KÜCHE

Hemmerdenerin kocht in
Sterne-Restaurant auf Sylt Seite D2

JÜCHEN

AMTLICHES MITTEILUNGSBLATT DES RHEIN-KREISES NEUSS

JÜCHEN

Der Stadtsportverband kritisiert
die Planung der Stadt Seite D5

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Bürgerbegehren: Initiatoren wollen klagen

Der Rat soll am Montag über die Bürgerbegehren gegen drei Flüchtlingsheime entscheiden. Die Stadt hält daran fest. Die Initiatoren widersprechen einem angeblich SPD-nahen Gutachter, der die Begehren für unzulässig befunden hat.

VON CHRISTIAN KANDZORRA

GREVENBROICH Der Verein „Grevenbroicher gegen Ghettos“ protestiert gegen die für kommenden Montag geplante Sondersitzung des Stadtrats. Gemäß Vorlage sollen die Politiker die Unzulässigkeit zweier Bürgerbegehren gegen insgesamt drei Flüchtlingsunterkünfte im Stadtgebiet feststellen. Basis dafür bildet ein wenige Tage altes Gutachten. Verfasser ist der Kölner Jurist Harald Hofmann, der die Begehren wegen fünf Mängeln als unzulässig einstuft.

Dem widersprechen die Initiatoren der Bürgerbegehren allerdings vehement. Sie fordern, dass die Ratssitzung verschoben wird, damit das Gutachten genauer geprüft werden kann. Der Grevenbroicher Rechtsanwalt Peter Wingerath, selbst Mitglied von „Grevenbroicher gegen Ghettos“, kündigt bereits eine Verpflichtungsklage beim Verwaltungsgericht in Düsseldorf an, falls der Rat am Montag tatsächlich die Unzulässigkeit der Bürgerbegehren feststellen sollte.

Derzeit gilt es als wahrscheinlich, dass die Stadt an der Ratssitzung (20 Uhr im Bernardussaal) festhalten wird. „Eine Verschiebung der Sitzung halte ich für nicht möglich“, sagt Rathaus-Sprecher Lukas Maaßen. Er verweist auf einen Paragraphen in der Gemeindeordnung NRW, nach dem Räte innerhalb von acht Wochen über den „Antrag auf Vorprüfung der Zulässigkeit des erweiterten Bürgerbegehrens“ zu entscheiden haben. Im Grevenbroicher Fall soll die Frist mit Ablauf des 11. Aprils enden.

„Mit Blick auf die Frist zur Einberufung einer Ratssitzung ist der 8. April die letzte Möglichkeit, zu einer fristgerechten Entscheidung zu kommen“, lautet Maaßens Einschätzung. Und weiter: „Sollte der Rat die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens feststellen, kann sich daran kein Bürgerentscheid anschließen. Der Rechtsweg steht dabei offen.“

Genau den wollen die Mitglieder von „Grevenbroicher gegen Ghettos“ gemäß ihrer Ankündigung beschreiten. Sie fürchten eine Entscheidung im Hauruck-Verfahren, wie sie in einem Brief an den Bür-



Auf dem früheren Lange-Walker-Gelände in Wevelinghoven, hier ein Foto von Oktober 2023, soll eine Zentrale Unterbringungseinrichtung des Landes für Flüchtlinge gebaut werden.

ARCHIVFOTO: CKA

germeister und den Stadtrat schreiben, der auch unserer Redaktion vorliegt. Aus Sicht des nicht eingetragenen Vereins besteht kein Grund zur Hektik: An anderer Stelle in der Gemeindeordnung NRW soll in Zusammenhang mit Bürgerbegehren noch von einer anderen Frist die Rede sein, nämlich von drei Monaten. „Der Stadtrat könnte also seine Entscheidung noch vertagen“, heißt es in dem Schreiben der Vereinsmitglieder, die offensichtlich eine andere Rechtsauffassung vertreten als die Stadtverwaltung.

Der Verein will Zeit gewinnen, um das Gutachten von Harald Hofmann genauer unter die Lupe nehmen zu können. In dem Schreiben an den Bürgermeister und den Stadtrat listet der Verein bereits sieben Mängel auf, die er in dem Gutachten sieht. An erster Stelle rügt „Grevenbroicher gegen Ghettos“ die Auswahl des Gutachters, den die Stadt als unabhängig bezeichnet. Der Grund:

INFO

Bürgerbegehren gegen drei Unterkünfte

Bürgerbegehren Die beiden Bürgerbegehren richten sich gegen zwei Ende 2023 vom Stadtrat gefasste Beschlüsse. Es geht um den Bau zweier städtischer Flüchtlingsheime (eins in Frimmersdorf, eins in Hemmerden) und um den einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) in Wevelinghoven, die vom Land betrieben und finanziert werden würde.

Eine einfache Google-Suche nach Harald Hofmann führt rasch auf die Webseite der SPD NRW, wo ein Steckbrief und ein Foto des Professors zu finden sind. „Aufgrund des hierdurch zumindest erzeugten Anscheins einer politischen Nähe zur SPD bestehen Zweifel an der Unvor-

Beweggründe Die Initiatoren der Bürgerbegehren, Bianca Frohner, Uta Bauer-Kernchen und Thomas Rinkert, sind im Verein „Grevenbroicher gegen Ghettos“ organisiert. Sie wollen die von ihnen als „Massenunterkünfte“ bezeichneten Heime verhindern. Sie sind gegen die Art der Unterbringung in großen Unterkünften. Der Verein distanziert sich nach eigenen Angaben von der AfD und will weiter für die Bürgerbegehren kämpfen, auch falls der Rat sie für unzulässig erklärt.

ingenommenheit des Sachverständigen“, heißt es in dem Schreiben. Ob Hofmann tatsächlich Mitglied der SPD ist, geht aus dem Internet-Eintrag allerdings nicht hervor.

Zweifel an dem Gutachten hatte Rechtsanwalt Peter Wingerath bereits am Dienstag geäußert – weil

sein Kölner Kollege keine formalen, sondern inhaltliche Mängel beanstandet habe. „Umfang und Inhalt des Gutachtens erfordern eine detaillierte Auseinandersetzung, die innerhalb einer Woche unmöglich ist.“ Dies gelte erst recht, wenn Nicht-Juristen im Rat an der Entscheidung beteiligt sind, so der Verein. Peter Gehrman, Fraktionschef der Grevenbroicher Grünen und ein Vertreter des Mehrheitsbündnisses aus SPD, Grünen und Mein Grevenbroich im Stadtrat, hat am Mittwoch erklärt, dass der Fall aus seiner Sicht klar ist. „Die Entscheidung des Rates ist innerhalb von acht Wochen zu treffen.“ Die Sondersitzung habe Bürgermeister Klaus Krützen bereits vor einem Monat für den 8. April angekündigt. Außerdem sei man im digitalen Zeitalter angekommen: Auch über Ostern hätten die Politiker, so Gehrman Meinung, genug Zeit gehabt, sich mit dem Gutachten auseinanderzusetzen.

Die Initiatoren des Bürgerbegehrens gegen die von ihnen als „Massenunterkünfte“ bezeichneten städtischen Heime in Frimmersdorf und Hemmerden (je 120 Plätze) und die Landes-ZUE in Wevelinghoven (400 Plätze) appellieren auch, über ein sogenanntes Ratsbegehren nachzudenken. Das entspräche der Stimmung in der Bürgerschaft, „die sich zunehmend überfordert, entmündigt und nicht mitgenommen fühlt“, wie es heißt. Die Vereinsmitglieder weiter: „Wer Demokratie will, muss etwas dafür tun. Ein kurzer Auftritt auf dem Marktplatz reicht da nicht.“ Damit spielen die Initiatoren auf die große Demo vor dem Alten Rathaus an, bei der Anfang Februar Tausende Menschen ein Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt hatten. Auch der Bürgermeister hatte damals auf der Bühne für Demokratie, Respekt und Vielfalt geworben.

In Sachen Ratsbürgerentscheid hat Rathaus-Sprecher Lukas Maaßen am Mittwoch erklärt, dass er auch diese Möglichkeit für ausgeschlossen hält. „Denn ein gleichlautender Ratsbürgerentscheid unterläge den gleichen Voraussetzungen und hätte das selbe Ergebnis wie das Bürgerbegehren.“

OSD und Polizei informieren
jetzt auch vor Ort

GREVENBROICH (NGZ) Im Rahmen ihrer Partnerschaft bieten der Ordnungs- und Servicedienst (OSD) und die Polizei künftig in verschiedenen Stadtteilen eine gemeinsame mobile Sprechstunde an. Der Startschuss dazu fällt am Mittwoch, 10. April, auf dem Marktplatz in Grevenbroich. Von 10 bis 13 Uhr haben Bürger die Möglichkeit, sich vor Ort über die täglichen Aufgaben und die Arbeit des Außendienstes von OSD und Verkehrsüberwachung zu informieren. Die Mitarbeiter stehen auch als Ansprechpartner für mögliche Probleme zur Verfügung. „Wer sich angesprochen fühlt, um beruflich selbst aktiv im Bereich des Ordnungsamtes tätig zu werden, kann sich über aktuelle Stellenangebote im Bereich des OSD informieren“, sagt Stadtsprecher Lukas Maaßen.

Zeitgleich bietet die Polizei allen Interessierten die Möglichkeit, ihr Fahrrad kostenlos codieren zu lassen. Dabei kann die Gelegenheit genutzt werden, seinen Drahtesel individuell kennzeichnen zu lassen, um Dieben das Handwerk zu erschweren. Mitzubringen sind der Eigentumsnachweis und ein Personalausweis oder Reisepass. Minderjährige brauchen eine Einverständniserklärung ihrer Eltern.

Im Herbst vergangenen Jahres war der Ordnungs- und Servicedienst mit einem zusätzlichen VW-Bus ausgerüstet worden, der multifunktional genutzt werden soll – unter anderem als Anlaufstelle für Bürger. Der T6 wurde gebraucht angeschafft, er kostete die Hälfte des Neupreises.

Wieder Theater in
der Villa Erckens

GREVENBROICH (NGZ) Die Stadt setzt am Donnerstag, 11. April, in Kooperation mit dem Rheinischen Landestheater und dem Rhein-Kreis ihre Reihe „Theater im Museum“ fort. Unter dem Titel „Seele“ gestalten Peter Waros und Volker Kamp ab 20 Uhr einen melancholischen Liederabend, der zum Nachdenken anregen und „die tiefer verborgenen Seiten des Lebens zum Schwingen bringen“ soll. Der Eintritt kostet zwölf Euro. Tickets gibt es bei Reservierung oder an der Museumskasse.

Bahn tauscht 8200 Schwellen aus

Die Gleise zwischen Grevenbroich und Neuss werden ab Freitag erneuert.

GREVENBROICH (NGZ) Die Deutsche Bahn startet am Freitag, 5. April, mit umfangreichen Arbeiten: Knapp fünf Kilometer Gleise zwischen Grevenbroich und Neuss werden erneuert. Wie berichtet, hat die Aktion Folgen für Pendler und Reisende auf der Linie RB39: Bis zum 6. Mai wird kein Zug zwischen den beiden Städten rollen.

Innerhalb eines Monats wird das Bauteam rund 15.000 Tonnen Schotter, drei Weichen und insgesamt 8200 Schwellen austauschen, berichtete am Mittwoch ein Sprecher der Bahn. Bei dieser Gelegenheit sollen Restarbeiten am Bahnübergang „Auf dem Mergendahl“ in Kapellen vorgenommen werden. Im vergangenen Jahr war der Übergang für rund 600.000 Euro modernisiert worden. Unter anderem wurden eine neue Sicherungsanlage, neue Schranken und neue Lichtzeichen montiert. Von Montag, 8. April, bis Freitag, 12. April, bleibt der Übergang für den Straßen- und Fußgängerverkehr gesperrt. Eine Umleitung soll ausgeschildert werden. Trotz des Einsatzes moderner Geräte müssen



Die Bahn erneuert einen Monat lang die Gleise zwischen Grevenbroich und Neuss.

FOTO: MELANIE ZANIN

Anwohner mit Baulärm rechnen, so der Bahnsprecher.

Während der Gleisbauarbeiten müssen Reisende bis zum 6. Mai auf Busse umsteigen. Die Bahn hat einen sogenannten Schienenersatzverkehr eingerichtet. Dafür gibt es einen umfangreichen Fahrplan, der über das Online-Portal zugifno.nrw abrufbar ist. Der Fahrgastverband Pro Bahn hatte die einmonatige Streckensperrung als Drama für

die Fahrgäste bezeichnet. Allerdings sagte er auch, dass Bauarbeiten erfahrungsgemäß deutlich schneller über die Bühne gehen, wenn sie nicht bei laufendem Betrieb erfolgen. Politiker der Grünen hatten in der Vorwoche mit Flyern über den Ausfall der Zugverbindung informiert, und auch allgemein über die von Teilausfällen, Verspätungen und überfüllten Zügen geprägte Lage auf der RB39.

Mysteriöser Mordversuch vor Gericht

Ein 25 Jahre alter Grevenbroicher soll einen Mann mit einem Messer verletzt haben.

VON MARC PESCH

GREVENBROICH Am Landgericht Mönchengladbach startet am kommenden Montag der Prozess um eine mysteriöse Messerattacke auf offener Straße. Im Juni vergangenen Jahres soll ein 25-jähriger Grevenbroicher vor einem Kiosk an der Rheydter Straße einen anderen Mann angegriffen und mit Stichen in die Brust lebensgefährlich verletzt haben. Der Hintergrund der Tat soll nun von der zuständigen Schwurgerichtskammer aufgeklärt werden.

Der angeklagte Grevenbroicher sitzt seit einigen Monaten in Untersuchungshaft. Nach dem Mordversuch hatte die Polizei die Ermittlungen aufgenommen. Schnell kam die zuständige Mordkommission unter Leitung des Polizeipräsidenten Düsseldorf dem Angeklagten auf die Spur. So soll das Opfer zum einen den Tatverdächtigen auf einem Foto wiedererkannt und auch dessen Vornamen benannt haben. Zum anderen soll die Polizei auch im Rahmen einer Telefonüberwachung mitbekommen haben, dass

der 25-Jährige die Tat in einem Gespräch eingeräumt hat.

Der Angeklagte selbst allerdings behauptet, für die Messerattacke nicht verantwortlich zu sein. „Er gibt an, er wäre zum Tatzeitpunkt nicht am Tatort auf der Rheydter Straße gewesen“, sagt Justus Waßenberg, Sprecher am Landgericht Mönchengladbach, auf Anfrage unserer Redaktion. „Er will sich stattdessen ganz woanders aufgehalten haben.“

„Der Angeklagte gibt an, er wäre nicht am Tatort auf der Rheydter Straße gewesen“

Justus Waßenberg
Gerichtssprecher

Der Grund für die Messerattacke kann derweil nur vermutet werden. Offenbar stammen sowohl der Angeklagte als auch das Opfer aus dem Grevenbroicher Drogenmilieu. Der 25-Jährige gilt als abhängig und war zum Tatzeitpunkt keiner Beschäftigung nachgegangen. Laut Ermittlungen war das Opfer im

Juni vergangenen Jahres ohne festen Wohnsitz. Nach Angaben der Polizei ging es bei der Tat möglicherweise um Schulden, die das Opfer gehabt haben soll, aber nicht begleichen konnte.

Bei der Messerattacke vor dem Büdchen an der Rheydter Straße soll der Angreifer nur knapp die Lunge des Geschädigten verfehlt haben. Zeugen sollen den Grevenbroicher davon abgehalten haben, weiter auf sein Opfer einzustehen. Nach der Tat soll der 25-Jährige geflüchtet sein. Die Mordkommission leitete eine Fahndung nach dem Mann ein – letztlich mit Erfolg.

Das Landgericht Mönchengladbach hat für den Prozess zunächst vier Verhandlungstage angesetzt. Beginn des Verfahrens ist am Montag, 8. April, um 12 Uhr. Der letzte Verhandlungstag ist für den 25. April geplant. Im Falle einer Verurteilung drohen dem Angeklagten bis zu 15 Jahre Gefängnis. Will Justus Waßenberg berichtet, soll im Laufe des Prozesses auch ein Gutachter zur Schuldfähigkeit des Grevenbroichers befragt werden.